

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
 § 1 Einleitung	 1
 Teil 1: Die Anknüpfung.....	 3
§ 2 Allgemeine Einordnung.....	3
§ 3 Das Ziel der Anknüpfungsgerechtigkeit	10
§ 4 Historische Entwicklung der Anknüpfungsmomente in <i>Deutschland und Europa / Ideengeschichte</i>	45
 Teil 2: Konzeption des gewöhnlichen Aufenthaltes.....	 105
§ 5 Inhaltlicher Rahmen des gewöhnlichen Aufenthaltes	105
§ 6 Die Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Personalstatuts.....	145
§ 7 Aufspaltung des Begriffes nach Inhalten	148
 Teil 3: Lebensmittelpunkt und Anknüpfungsgerechtigkeit.....	 155
§ 8 Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmoment <i>für das Personalstatut</i>	155
§ 9 Konkrete Anwendung des gewöhnlichen Aufenthaltes <i>in einzelnen Bereichen des Personalstatuts</i>	176

<i>§ 10 Perspektive</i>	254
<i>Fazit</i>	272
Literaturverzeichnis.....	275
Rechtsprechungsverzeichnis	301
Sachregister	305

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
 <i>§ 1 Einleitung</i>	 1
 Teil 1: Die Anknüpfung	 3
 <i>§ 2 Allgemeine Einordnung</i>	 3
A. Die Struktur der allseitigen Kollisionsnormen	3
I. Der Anknüpfungsgegenstand	4
II. Das Anknüpfungsmoment	5
III. Zwischenergebnis	7
B. Der Begriff des Personalstatuts	7
I. Die generelle Terminologie	7
II. Die konkreten Inhalte	9
 <i>§ 3 Das Ziel der Anknüpfungsgerechtigkeit</i>	 10
A. Begrifflicher Rahmen	10
B. Die Gleichberechtigung der Rechtsordnungen	12
C. Das Prinzip der engsten Verbindung	12
D. Zu berücksichtigende Interessen	14
I. Parteiinteressen	16
1. Interesse an der Nähe zu der anzuwendenden Rechtsordnung	17
2. Interessen im Rahmen der Änderung der Anknüpfungstatsachen	18
a) Kontinuitätsinteresse	19
b) Flexibilitätsinteresse	19
c) Insbesondere: Die Parteiautonomie	20
d) Zur Gesetzesumgehung durch Änderung der Anknüpfungstatsachen	21
3. Ermittlungsinteresse	22
II. Ordnungsinteressen	23

1. Internationaler Entscheidungseinklang	24
2. Innerer Entscheidungseinklang	25
3. Rechtssicherheit	26
4. Schutzinteressen	26
5. Integrationsinteresse	27
a) Systemintegration	28
b) Soziale Integration	28
6. Mobilitätsinteressen	30
7. Vermeidung von Manipulationen bzgl. der Anknüpfungsmomente durch andere Staaten	30
III. Verkehrsinteressen	31
IV. Ergebnisorientierte Interessen	31
1. Interesse an Wirksamkeitsbegünstigungen oder -beschränkungen	32
a) Alternativanknüpfung	32
b) Kumulative Anknüpfung	34
2. Schutzinteressen	34
V. Das Verhältnis zum Prinzip der engsten Verbindung	35
VI. Interessen im Rahmen der internationalen Zuständigkeit	36
VII. Zwischenergebnis	39
E. IPR-typische machtpolitische Erwägungen	40
I. Ausgangspunkt: Die Entscheidung als Politikum	40
II. „Heimwärtsstreben“	41
III. Territoriale und personale Machtansprüche	43
IV. Exkurs: Die Missachtung ausländischen IPR durch Sachnormverweisungen	43
F. Zwischenergebnis	44
 § 4 Historische Entwicklung der Anknüpfungsmomente in Deutschland und Europa / Ideengeschichte	45
A. Die Anknüpfungen im Römischen Reich	46
B. Die Zeit des Frühmittelalters	46
C. Entwicklungen bis in das Spätmittelalter	48
D. Entwicklungen im 18. und 19. Jahrhundert	52
I. Aufkommen des Staatsangehörigkeitsprinzips	52
II. Kodifikationen	54
III. Das domicile des anglo-amerikanischen Rechtskreises	56
E. Die ersten Haager Konventionen: Entwicklung eines zwischenstaatlichen IPR	58
F. Die Entwicklungen bis 1945	61
I. Der „Niedergang des Staatsangehörigkeitsprinzips“	61
II. Die Haager Konventionen	63
III. Das IPR der Nationalsozialisten	65

G. Spätere Haager Konventionen	70
I. Die erste Haager Konvention nach dem zweiten Weltkrieg	70
II. Das Haager Kindschaftsrecht	72
1. Das Kindesunterhaltsabkommen 1956	72
2. Das Unterhaltsprozessabkommen 1958	74
3. Das Minderjährigenschutzabkommen 1961 (MSA)	74
4. Das Adoptionsabkommen 1965	77
5. Das Kindesentführungsübereinkommen 1980	78
6. Das Adoptionsabkommen 1993	79
7. Das Kinderschutzübereinkommen 1996 (KSÜ).....	80
8. Zwischenergebnis	82
III. Weitere familienrechtliche Schutzabkommen.....	83
1. Das Unterhaltsabkommen 1973	83
2. Das Unterhaltsprozessabkommen 1973	85
3. Das Erwachsenenschutzabkommen 2000	86
4. Das Unterhaltsprozessabkommen und das Unterhaltsprotokoll 2007	87
5. Zwischenergebnis	89
IV. Die Haager Erbrechtskonventionen	89
V. Die Haager Erbrechtskonventionen.....	90
1. Das Testierformabkommen 1961	90
2. Das Abkommen über die Nachlassverwaltung 1973	91
3. Das Abkommen über das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anzuwendende Recht 1989	92
H. Novelle des EGBGB	95
I. Europäisches Kollisionsrecht.....	96
I. Staatsvertragliches Kollisionsrecht	96
II. Kollisionsrechtliche Verordnungen	98
1. Vorüberlegung: Das Personalstatut als Teil des Binnenmarktes.....	98
2. Unionsrechtliche Vereinnahmung des Kollisionsrechts	99
3. Die Rolle des gewöhnlichen Aufenthaltes	101
J. Erkenntnisse	102
I. Konzeptionelle Grundsätze	102
II. Die Rolle des gewöhnlichen Aufenthaltes	103

Teil 2: Konzeption des gewöhnlichen Aufenthaltes.....105

§ 5 Inhaltlicher Rahmen des gewöhnlichen Aufenthaltes

A. Der gewöhnliche Aufenthalt als „Tatsachenbegriff“	105
I. Eigenschaften des Tatsachenbegriffes	105
II. Aktualität dieses Verständnisses.....	108

B. Unterschiedliche autonome Kompetenzebenen	108
C. Definitionen	110
D. Festlegung der maßgeblichen Faktoren	111
I. Objektive Faktoren	112
1. Dauer des Aufenthaltes	112
2. Familiäre und soziale Bindungen	114
3. Soziale Integration	115
4. Staatsangehörigkeit	117
5. Amtliche Meldung	119
6. Legalität des Aufenthaltes	120
7. Weitere Faktoren	120
8. Verhältnis der objektiven Faktoren	121
II. Die innere Ausrichtung	123
1. Die Bedeutung des animus manendi	123
a) Unbeachtlichkeit des Willens	124
b) Wille als teilkonstitutiver Faktor	124
c) Wille als konstitutive Voraussetzung	125
d) Stellungnahme	126
2. Zwangsweise Verbringung und zwangsweiser Verbleib	131
3. Gewohnt sein	133
4. Zwischenergebnis und praktische Auswirkung der Diskussion	133
III. Zwischenergebnis	134
E. Mehrfacher oder kein gewöhnlicher Aufenthalt	135
F. Ausnahmen zu dem dargestellten Rahmen	137
I. Die Berücksichtigung der Geschäftsfähigkeit	137
1. Idee der notwendigen Geschäftsfähigkeit	137
2. Stellungnahme	138
II. Der gewöhnliche Aufenthalt bei Säuglingen	140
3. Idee der Konzeptionen	140
4. Stellungnahme	141
G. Ergebnisse	144
 § 6 Die Notwendigkeit der Einheitlichkeit des Personalstatuts	145
A. Argumente für eine einheitliche Anknüpfung	145
B. Argumente für eine differenzierende Anknüpfungssystematik	146
C. Stellungnahme	147
 § 7 Aufspaltung des Begriffes nach Inhalten	148
A. Einheitslösung	148
B. Unterscheidung und Gleichlauf von Kollisionsrecht und internationaler Zuständigkeit	149
C. Differenzierung nach Rechtsgebiet	149

D. Differenzierung nach Gesetzesmaterie	150
E. Normsystematische Differenzierung	150
F. Differenzierung nach Anknüpfungssubjekt	151
G. Stellungnahme	152

Teil 3: Lebensmittelpunkt und Anknüpfungsgerechtigkeit.....155

§ 8 Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmoment für das Personalstatut.....155

A. Die Berücksichtigung der Parteiinteressen	155
I. Herstellung der engsten Verbindung.....	155
II. Änderungen der Anknüpfungstatsachen	160
1. Kontinuitäts- und Flexibilitätsinteressen	160
2. Zur Gesetzesumgehung.....	163
III. Ermittlungsinteresse	163
B. Die Berücksichtigung von Ordnungs- und Verkehrsinteressen	166
I. Mobilitätsförderung	166
II. Integrationsförderung	167
III. Schutzinteressen	169
IV. Internationaler Entscheidungseinklang	169
V. Innerer Entscheidungseinklang	170
VI. Manipulationssicherheit	171
VII. Rechtssicherheit.....	171
C. Begünstigung machtpolitischer Erwägungen	172
D. Zwischenergebnis	174

§ 9 Konkrete Anwendung des gewöhnlichen Aufenthaltes in einzelnen Bereichen des Personalstatuts176

A. Kindschaftsrecht	176
I. Minderjährigenschutz	177
1. Verfahrensrecht	177
a) Haager Konventionen	177
b) Brüssel IIb-VO	178
c) Restzuständigkeiten nach dem FamFG.....	179
d) Interessengerechtigkeit im Hinblick auf das Verfahrensrecht	179
2. Eltern-Kind-Verhältnis	181
a) Interessen im Rahmen des Eltern-Kind-Verhältnisses.....	182
b) Anwendbares Kollisionsrecht.....	182
c) Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfung	184
3. Vormundschaft, Pflegschaft.....	186
a) Interessen im Rahmen von Vormundschaft und Pflegschaft	187

b) Anwendbares Kollisionsrecht.....	187
c) Anknüpfungsgerechtigkeit.....	188
4. Die Kindesentführung.....	189
a) Problemstellung.....	189
b) Systematiken.....	190
c) Bewertung.....	191
II. Abstammung.....	192
1. Internationales Zivilverfahrensrecht.....	192
2. Kollisionsrechtliche Systematik.....	192
3. Interessengerechtigkeit des gewöhnlichen Aufenthaltes.....	193
III. Adoption.....	194
1. Internationales Zivilverfahrensrecht.....	195
2. Anknüpfungssystematik.....	196
3. Interessengerechtigkeit der Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt.....	196
IV. Zwischenbilanz zum Kindschaftsrecht.....	198
B. Erwachsenenschutz.....	199
I. Anwendungsbereich und Systematik.....	199
II. Interessengerechtigkeit.....	200
C. Eherecht.....	201
I. Vorbemerkung: Eingetragene Lebenspartnerschaften, gleich- und intergeschlechtliche Ehen.....	201
II. Eheschließung.....	202
1. Internationales Verfahrensrecht.....	203
2. Voraussetzungen für die Eheschließung.....	204
3. Überprüfung von anderorts geschlossenen Ehen.....	205
4. Bestehende Anknüpfungssystematik.....	205
5. Interessengerechtigkeit im Hinblick auf die Voraussetzungen der Eheschließung.....	206
6. Interessengerechtigkeit im Hinblick auf die Überprüfung von im Ausland geschlossener Ehen.....	208
III. Allgemeine Wirkung der Ehe.....	209
IV. Ehescheidung.....	210
1. Internationales Zivilverfahrensrecht.....	211
2. Interessen im Scheidungskollisionsrecht.....	212
3. Bestehende Anknüpfungssystematik.....	213
4. Interessengerechtigkeit.....	214
V. Eheliches Güterrecht.....	217
1. Internationales Zivilverfahrensrecht.....	217
2. Interessen im Rahmen des ehelichen Güterrechts.....	218
3. Bestehende Anknüpfungssystematik.....	219
4. Interessengerechtigkeit des gewöhnlichen Aufenthaltes.....	220
VI. Zwischenergebnis zum Eherecht.....	222

D. Unterhaltsrecht	223
I. Unterhaltsverfahrensrecht	223
1. Regelungen der EuUntVO	223
2. Interessengerechtigkeit im Hinblick auf die Verwendung des gewöhnlichen Aufenthaltes	223
II. Facetten des Unterhaltskollisionsrechts	224
III. Interessen im Unterhaltskollisionsrecht	225
IV. Der gewöhnliche Aufenthalt im Unterhaltskollisionsrecht	226
1. Systematik im HUP	227
2. Interessengerechtigkeit	228
E. Erbrecht	230
I. Die internationale Zuständigkeit	230
1. Regelungen in der EuErbVO	230
2. Interessengerechtigkeit	231
II. Der gesetzliche Rahmen	231
1. Gesetzliche Erbfolge	232
2. Zwingender Rahmen	233
3. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfung	234
a) Systematischer Kontext	234
b) Interessengerechtigkeit im Hinblick auf das gesetzliche Erbrecht	235
c) Interessengerechtigkeit im Hinblick auf den zwingenden Rahmen	238
d) Exkurs: Untauglichkeit der Rechtswahlklausel	240
e) Zwischenergebnis	241
III. Die Formwirksamkeit letztwilliger Verfügungen	241
IV. Testamente	242
1. Die Interessen im Rahmen testamentarischer Verfügungen	242
2. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfung	243
a) Systematischer Kontext	243
b) Interessengerechtigkeit im Hinblick auf testamentarische Verfügungen	243
V. Der Erbvertrag	243
1. Einseitige letztwillige Wirkung	244
2. Mehrseitige letztwillige Wirkung	244
a) Systematik	244
b) Bewertung	244
F. Persönliche Eigenschaften (Personalstatut i. e. S.)	245
I. Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit	246
1. Interessen	246
2. Systematik	247
3. Interessengerechtigkeit im Hinblick auf die Rechtsfähigkeit	248
4. Interessengerechtigkeit im Hinblick auf die Geschäftsfähigkeit	249

II. Das Namensrecht 250

1. Interessen 251

2. Systematik 251

3. Interessengerechtigkeit 252

§ 10 Perspektive 254

A. Rom-O / IPR-AT 254

1. Und wieder: Der Tatsachenbegriff..... 255

II. Ausgestaltungsmöglichkeiten 255

B. Verwendungsmöglichkeit im Eherecht..... 255

1. „Kopplung“ der gewöhnlichen Aufenthalte 256

II. Deutsches Recht mit Aufenthalts- oder Staatsangehörigkeitsvoraussetzung 256

III. Recht des Ortes der Eheschließung 257

IV. Einschränkung der Zuständigkeit 259

V. Ergebnis..... 259

C. Problemfeld Erbrecht..... 259

1. Lösung de lege lata 260

II. Wahl eines anderen Anknüpfungsmomentes..... 262

1. Staatsangehörigkeit..... 262

2. Domicile 264

III. Der „gefestigte gewöhnliche Aufenthalt“ 265

1. Kumulation von gewöhnlichem Aufenthalt und Staatsangehörigkeit 266

2. Verfestigung durch Mindestdauer..... 266

3. Subsidiärer Mechanismus 267

IV. Erweiterung der Rechtswahlmöglichkeiten 268

V. Stärkung von Pflichtteilsberechtigten..... 269

VI. Verfahrensrecht..... 270

VII. Ergebnis und Formulierungsvorschlag 270

Fazit 272

Literaturverzeichnis..... 275

Rechtsprechungsverzeichnis 301

Sachregister..... 305